

## KURZ UND PRÄGNANT

### Wichtiger Schritt zur notwendigen Reform

Als „wichtigen Schritt zur notwendigen Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform“ bezeichnete Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow das am 22. Dezember im Kabinett vorgelegte Kommunale Leitbild „Zukunftsfähiges Thüringen“. Es handle sich um ein Kernelement im Koalitionsvertrag von Rot-Rot-Grün. Das Ergebnis könne sich durchaus sehen lassen. Die LINKE-Politikerin hob die Bedeutung der Reformen angesichts der demografischen Entwicklung und der Zukunft der Bund-Länder-Finanzbeziehungen hervor, die derzeitigen Strukturen seien nicht zukunftsfähig. „Mit den Regionalkonferenzen wurde die Öffentlichkeit frühzeitig einbezogen“, und dass bei einem Vorhaben dieser Größenordnung auch Kritik geäußert werde, sei normal. Das gelte auch für den Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden. „Was aber nicht geht, ist eine Grundhaltung, bei der jede Strukturreform abgelehnt, aber mehr Geld gefordert wird.“ Notwendig sei die Einheit aller drei Reformbestandteile. Als nächstes werde das Vorschaltgesetz vorgelegt. ■

### Verleumderische Beleidigungen

Am 6. Januar fand vor dem Landgericht Erfurt die mündliche Verhandlung MdL Katharina König, LINKE, gegen MdL Stephan Brandner, AfD, wegen verleumderischer Beleidigung statt. Brandner hatte in der Landtagssitzung am 17. Dezember Katharina König diverser Straftaten sowie der Täterschaft bezichtigt. Im Nachgang wurde er von ihr zu einer Unterlassungserklärung aufgefordert, die er nicht abgab. „Auch auf mehrfache Nachfrage der Richterin konnte Herr Brandner keine Belege für seine Behauptungen, ich hätte Straftaten begangen, vorlegen. Herr Brandner äußerte in der Verhandlung, dass er Anhaltspunkte habe, auf Forderung der Richterin, diese zu benennen, verweigerte er dies jedoch“, so Katharina König. Habe Brandner zunächst versucht, die verleumderische Beleidigung zu relativieren, habe er seine Äußerung schließlich vor Gericht wiederholt. Die Richterin habe erkennen lassen, dass auch sie für die Äußerungen Brandners keine andere Interpretation für objektiv wahrnehmbar halte, als die des verleumderischen Vorwurfs einer Täterschaft. „Aufgrund der Verhandlung gehe ich davon aus, dass die Entscheidung des Gerichts, welche am 21. Januar erfolgen soll, meine Auffassung bestätigt“, sagte die Abgeordnete. ■

# Für eine humanitäre Flüchtlingspolitik

**MdL Sabine Berninger: Freiwilligen Ausreisen vor Abschiebung den Vorzug geben**

**Nachdem der Thüringer Migrationsminister Dieter Lauinger angekündigt hatte, dass bis Anfang Januar ein so genannter „Weihnachtsfriede“ gelte und während dieser Zeit keine Abschiebungen durchgeführt würden, hatte die Abgeordnete der Linksfraktion Sabine Berninger erklärt: „Das ist eine humanitäre Geste, an der der humanitäre Anspruch, den Rot-Rot-Grün sich auf seine flüchtlingspolitische Fahne, sprich, in den Koalitionsvertrag, geschrieben hat, aber nicht enden kann.“**

Die Flüchtlingspolitikerin unterstützte „ganz ausdrücklich die deutlichen Worte, die die Flüchtlingsbeauftragte Mirjam Kruppa zur Frage nächtlicher Abschiebungen oder der Abholung von Kindern aus der Schule gefunden hat. Auch wenn der Freistaat Thüringen mit dem menschenrechtlich begründeten flüchtlingspolitischen Anspruch an bundespolitisch eng gesetzte Grenzen stößt, so muss für uns doch Artikel 1 des Grundgesetzes mit dem Bekenntnis zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten Handlungsmaxime bleiben: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Das gilt nach Ansicht Sabine Berningers für das gesamte Asylverfahren,

auch für die Frage der Organisation der Ausreise nach Beendigung und negativem Entscheid. „Deshalb halte ich den Weg, den die Landesregierung bisher gegangen ist, freiwilligen Ausreisen den Vorzug zu geben vor dem häufig erneut traumatisierenden Weg der zwangsweisen Rückführung, für richtig.“

Die Flüchtlingspolitikerin weiter: „Wenn nun Migrations- und Innenministerium gemeinsam an einem Erlass arbeiten, mit dem die bundesgesetzlich eng gesetzten Spielräume ausgelotet und im Sinne der betroffenen Menschen, im Sinne der Wahrung europäischer Konventionen und der Menschenwürde ausgereizt werden können, dann kann ich das nur uneingeschränkt gut heißen.“

### Sorgfältige Einzelfallprüfung durch Ausländerbehörden

Für die Abgeordnete bedeutet dies, dass Rückführungen nur dann stattfinden, wenn Flüchtlinge zuvor die Möglichkeit der freiwilligen Ausreise ausdrücklich angeboten bekommen haben und im Rahmen einer Beratung vor einer bevorstehenden Rückführung unmissverständlich auf die daraus erwachsende Konsequenz der zwangsweisen Abschiebung hingewiesen worden sind. „Hier sollte Thüringen nicht hinter der Praxis beispielsweise in

Nordrhein-Westfalen zurückbleiben.“

Ferner müsse „mindestens sichergestellt sein, dass nicht Kinder in der Nacht von Polizeibeamten aus den Betten geholt werden.“ Und insbesondere während der Wintermonate sei durch eine sorgfältige Einzelfallprüfung bei vorgesehenen Rückführungen auszuschließen, dass Flüchtlinge in die Obdachlosigkeit, in zum Beispiel für Roma aus struktureller Diskriminierung erwachsende besondere Gefahren für Leib, Leben und Gesundheit sowie für die Würde des Menschen abgeschoben werden. „Diese Einzelfallprüfungen müssen bereits die Ausländerbehörden vornehmen, bevor sie die für zwangsweise Rückführungen vorgesehenen Menschen an die zentrale Abschiebestelle melden.“

Die Abgeordnete der Linksfraktion hatte außerdem betont, sie hoffe, dass der von Innen- und Migrationsministerium diskutierte Erlass spätestens zum Ende des Weihnachtsfriedens umgesetzt wird. „Damit die betroffenen Menschen, aber auch die zahlreichen Unterstützerinnen und Unterstützer, die sich während der letzten Wochen solidarisch mit den Flüchtlingen und kritisch zur Abschiebepolitik geäußert haben, wenigstens Verfahrenssicherheit haben und nicht die allabendliche Angst vor nächtlicher Abschiebung bleibt.“ ■

### Aus Somalia geflüchtet: „Fühlen uns vergessen“

Ein Demonstrationszug von 120 Geflüchteten aus Somalia, die schon seit langem auf die Bearbeitung ihrer Asylanträge warten, führte am 17. Dezember in Erfurt auch zum Landtag.

In Sprechchören und Redebeiträgen wiesen sie darauf hin, dass Somalia eines der gefährlichsten Länder der Erde ist. Der seit mehr als einem Jahrzehnt anhaltende Bürgerkrieg und die Gesetzlosigkeit haben Millionen Zivilisten gezwungen, das Land zu verlassen. „Wir sind uns der hohen Zahl an Zuwanderern bewusst, die nach Deutschland kommen, um Asyl zu beantragen, aber wir denken, dass wir trotzdem Sorgfalt und genaue Betrachtung unserer Asylanträge verdient haben. Wir gehören zu Asylbewerbern, aber wir fühlen uns vergessen“, heißt es in einem Schreiben der somalischen Gemeinschaft in Thüringen, das sie Vertreterinnen der Fraktionen DIE LINKE, SPD und GRÜNE übergaben.

Außerdem schrieben sie: „Vor kurzem hat die deutsche Regierung sofortige Integrationskurse für die Geflüchteten aus vier Ländern (Syrien, Irak, Iran und Eritrea) beschlossen. Wir sind davon ausgeschlossen. Außerdem brauchen unsere Asylanträge häufig



länger als zwei Jahre für ihre Bearbeitung. In dieser Zeit können wir keine Schule besuchen und auch nicht arbeiten. Wir können nur essen und schlafen und das verursacht viele Probleme bei uns.“

Auf die Demonstration der Geflüchteten aus Somalia war in der zeitgleich laufenden Debatte zur Verabschiedung des Landeshaushalts auch Ministerpräsident Bodo Ramelow in seiner Rede, die sich über weite Passagen mit den Herausforderungen einer gelingenden Flüchtlingsintegration befasst hatte, eingegangen. So sagte er: „Wir sind verpflichtet, humanitäre Voraus-

setzungen zu schaffen, damit Mitmenschlichkeit gelebt wird. Aber ich sage auch, wir geben das Geld aus als Zukunftsinvestition. Das heißt, wir investieren in die Menschen, damit sie unsere Sprache können, damit sie sich so viel Bildung erobern können, damit sie ganz normal unter uns und mit uns leben. Ich bin überzeugt, die Menschen aus Somalia, die gerade hier gestanden haben, würden lieber arbeiten gehen, als hier draußen zu demonstrieren und darauf hinzuweisen, dass sie bis heute noch nicht einmal angehört worden sind.“

Foto: Peter Lahn ■